

WIRTSCHAFT kompakt

China wirft USA „Doppelmoral“ vor

PEKING/WASHINGTON Im Handelsstreit zwischen den USA und China haben sich die Fronten zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt deutlich verhärtet. Nach der Ankündigung von Präsident Donald Trump, weitere Zölle in Höhe von 100 Prozent gegen chinesische Importe zu erheben, warf Peking den USA „Doppelmoral“ vor und drohte mit Gegenmaßnahmen. „Wenn die USA stur an ihrem Kurs festhalten, wird China entschlossen entsprechende Maßnahmen ergreifen, um seine legitimen Rechte und Interessen zu schützen“, teilte das Handelsministerium in Peking mit. Washington verallgemeinere seit Langem das Prinzip der nationalen Sicherheit, missbrauche Exportkontrollen, wende diskriminierende Maßnahmen gegen China an und dehne einseitig seine Gerichtsbarkeit bei Produkten wie Halbleitern oder Computenchips aus, so der Vorwurf.

Sprit-Preiserhöhungen nur einmal?



Nur einmal Preise nach oben an der Tankstelle pro Tag? dpa

BERLIN Spritpreis hoch, Spritpreis runter, und das immer öfter am Tag: Geht es nach Baden-Württemberg, soll mit diesen Schwankungen an Tankstellen

bald Schluss sein. Der Bundesrat soll am Freitag über einen entsprechenden Antrag des Landes beraten. Darin wird von der Bundesregierung die Einführung einer Preisbremse nach österreichischem Vorbild gefordert. Im Nachbarland ist es Tankstellenbetreibern einmal täglich um 12 Uhr erlaubt, die Preise zu erhöhen. Preissenkungen dürfen jederzeit vorgenommen werden. Das Bundeskartellamt hatte zu Jahresbeginn im Schnitt 18 Preisänderungen pro Tankstelle am Tag gezählt.

GLÜCKSSAHLEN

41. Ausspielung vom Samstag, 11.10.2025:

Lotto: 13, 17, 22, 23, 28, 36
Superzahl: 1
Spiel 77: 8 2 8 8 1 2 2
Super 6: 3 6 0 1 4 4

Ziehung des Eurojackpots vom Freitag, 03.10.2025:

Gewinnzahlen 5 aus 50:
4, 5, 24, 31, 41
Eurozahlen 2 aus 12:
3, 12

Gewinnquoten Lotto am Mittwoch, 08.10.2025:

1 = 6 Richtige + Superzahl:

unbesetzt 1.662.715,80 €

2 = 6 Richtige: unbesetzt 1.217.813,20 €

3 = 5 Richtige + Superzahl: 25 x 16.887,00 €

4 = 5 Richtige: 381 x 3.302,90 €

5 = 4 Richtige + Superzahl: 1975 x 176,70 €

6 = 4 Richtige: 20.515 x 40,30 €

7 = 3 Richtige + Superzahl: 32.282 x 21,80 €

8 = 3 Richtige: 342.124 x 9,70 €

9 = 2 Richtige + Superzahl: 217.217 x 6,00 €

(ohne Gewähr)

Benko-Vermögen auch in Stiftungen?

Im Fall des gestrauchten Investors René Benko sieht die österreichische Finanzprokurator noch viele offene Fragen. Die extreme Intransparenz des von Benko gegründeten Signa-Imperiums mit mehr als 1130 Gesellschaften erfordere eine Rekonstruktion der Vermögensverschiebungen und der Geldflüsse, sagte der Chef der Finanzprokurator und oberste Anwalt der Republik, Wolfgang Peschorn. „Wir brauchen das große Bild.“ Die Finanzprokurator ist in Österreich eine dem Finanzministerium unterstellte Dienststelle.

Ein erheblicher Teil der Gelder, die in die Immobiliengesellschaften Signa Prime und Signa Development von bisher teils noch unbekannten Geldgebern investiert wurden, sei über Gesellschaften in Luxemburg geflossen.

„Es kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um Geld handelt, das aus dem Signa-Konglomerat über mehrere Stationen wieder ins Signa-System eingespeist wurde, oder es aus Geldwäsche stammt“, sagte Peschorn. Große Summen könnten auch in den Privatstif-



René Benko.

Foto: Expa/Johann Groder/dpa

tungen Benkos geparkt worden sein. Auf dieses Vermögen hätten die Justiz und die Gläubiger bisher keinen Zugriff. Der Einfluss Benkos auf alle Signa-Gesellschaften lasse vermuten, dass sein Vermögen von den Stiftungen treuhänderisch gehalten werde, sagt Peschorn. „Das ist eine Tür, die man öffnen muss.“

Vor knapp zwei Jahren war das aus Immobilien (Elbtower) und Handel (Galeria Karstadt Kaufhof) spezialisierte Signa-Imperium mit der Insolvenz der Signa Holding zusammengebrochen. Gläubiger fordern mehrere Milliarden Euro.

Matthias Röder



Die Sparda Bank erlässt Teile der Zinsen für grünes Bauen, vergibt Kredite für E-Mobilität und investiert vor allem in nachhaltige Produkte. Das steckt dahinter

Die Gemeinwohl-Ökonomie zielt auf nachhaltigeres Wirtschaften ab, Die Sparda Bank München erlässt mitunter einen Teil der Zinsen.

imago

Ob nun wegen der Finanzkrise, des manipulierten Libor-Zinssatzes oder der Cum-Ex-Geschäfte: Banken genießen nicht den besten Ruf. Sie stehen sinnbildlich für eine auf Profitmaximierung ausgelegte Wirtschaft. Gegen dieses Bild wollen sich sogenannte Gemeinwohlbanken stemmen.

Damit gemeint sind jene Finanzinstitute, die sich selbst auf die Fahne schreiben, nach sozialen, ökologischen und demokratischen Grundsätzen zu handeln und dementsprechend organisiert zu sein. Dazu zählt etwa die GLS Gemeinschaftsbank in Bochum sowie die Sparda Bank München, die sich selbst als erste Gemeinwohlbank bezeichnet. Nur ein Label zur Vermarktung – oder eine ernst zu nehmende Vorlage für ein neues Bankenwesen?

Vorab: Ein radikal antikapitalistisches Projekt steckt in der Praxis nicht dahinter. Wie andere Banken auch spielen sie nach marktwirtschaftlichen Regeln. Der Vorstandsvorsitzende der Sparda Bank München Peter Berger sagt der AZ: „Nur weil jemand zu uns kommt und sagt, er sei gemeinwohlorientiert, können wir ihm deswegen nicht einfach ungeprüft einen Kredit geben.“

Heißt: So gut die Absichten auch sein mögen, das Vertrauen müsse da sein, dass der Kredit auch wieder zurückgezahlt wird. „Die wirtschaftliche Stabilität ist die Basis von allem, was wir tun. Auch mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Kundinnen und Kunden“, so Berger.

Was die Sparda Bank München anders macht: Sie orientiert sich an dem Prinzip der Gemeinwohlökonomie (GWÖ), die auf den österreichischen Autoren und Aktivisten Christian Felber zurückgeht, der eine auf soziale und ökologische

Werte ausgerichtete Wirtschaftsweise vorschlägt.

Dieser Bewegung folgen laut eigenen Angaben rund 1300 Unternehmen in 33 Ländern. Zu den Werten gehören laut Berger Transparenz, Menschenwürde, Mitbestimmung und ökologische Nachhaltigkeit. „Das ist fest verankert in unserer DNA“, sagt er. Und deshalb auch Teil der Bank-Satzung – eine spontane Neuausrichtung ist so nur schwer möglich.

Ganz konkret für das tägliche Bankgeschäft heißt das: „Keine Investitionen in Atomkraft oder Rüstung, sondern vor allem in nachhaltige Produkte“, sagt Berger. Den Kunden bieten sie sogenannte Zukunftskredite an, etwa für PV-Anlagen oder E-Mobilität, die im Vergleich besonders günstig sind. „Wir schauen bei unseren Konditionen nicht, was wir maximal verlangen können, sondern wir orientieren uns am Mindestbedarf, den wir benötigen, um kostendeckend zu arbeiten.“

„Langfristig sollte es nur ethische Banken geben“

Wer nachhaltig bauen oder sanieren will, erhält einen sogenannten Gemeinwohl-Bonus – damit ist ein Zinsnachlass im niedrigen Prozentbereich gemeint. Das heißt, die Bank verzichtet auf einen Teil des Zinses – und somit auf extra Geld.

„Unser Ziel ist nicht Gewinnmaximierung“, schreibt die Sparda Bank München auf ihrer Webseite. Überschüsse macht sie natürlich trotzdem – schließlich unterliegt sie dem Kreditwesengesetz, das vorschreibt, Rücklagen und Eigenkapital daraus zu

speisen. Berger sagt: „Ich bin zufrieden, wenn wir jedes Jahr gleichartig Gewinne erzielen.“ Die nicht verwendeten Überschüsse fließen in Form von Dividenden zurück an Mitglieder.

Die „Kirsche auf der Torte“ bei der GWÖ laut Felber: die Gemeinwohl-Bilanz. Diese soll aufzeigen, in welchen Bereichen ein Unternehmen schon ethisch arbeitet und wo noch mehr geht – das wird mit maximal 1000 Punkten bemessen.

Auch die Sparda-Bank überlegt, diese Bilanz wieder zu erstellen. Felbers Vision ist es, diese verpflichtend für alle einzuführen. Daran kritisiert die Wirtschaftskammer Österreich, dass durch den erhöhten bürokratischen Aufwand die Kosten stiegen. Der auf Nachhaltigkeit spezialisierte Wirtschaftswissenschaftler René Schmidpeter ergänzt, dass so Ressourcen gebunden würden, die Unternehmen für ihre eigentliche Wertschöpfung benötigen.

Könnte so eine Ausrichtung eine Blaupause für das ganze Bankenwesen sein? „Unbedingt“, sagt Christian Felber, der Gründer der GWÖ, der AZ. „Langfristig sollte es nur ethische oder Gemeinwohl-Banken geben, idealerweise im Zuge einer Weiterentwicklung der EU-Bankenunion.“ Um sie aus ihrem Nischendasein zu befreien, möchte Felber derlei Banken besserstellen, etwa indem die Refinanzierung durch die Zentralbank nur ihnen offensteht.

„Ebenso die Geschäftsbeziehungen mit öffentlichen Gebietskörperschaften und die staatliche Einlagensicherung.“ Die Gefahr solcher Maßnahmen laut der Julius Raab Stiftung, einem wirtschaftsnahen Think Tank: Sie würden eine starke Wettbewerbsverzerrung darstellen und stünden im Konflikt mit der Marktwirtschaft.

Berger ist bei der Frage zurückhaltender: „Es wäre zu viel des Guten, zu sagen, dass das die Lösung aller Probleme ist.“ Als Orientierung für andere Gemeinwohlbanken sieht er den Gemeinwohlansatz aber durchaus. Felber sagt dazu: „Für Sparkassen, Raiffeisen- und Volksbanken wäre das im Grunde nichts Neues, sondern vielmehr die Rückbesinnung auf ihre Anfänge und Gründungswerte.“

Auf den Begriff Gemeinwohl nimmt der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und

Raiffeisenbanken (BVR) zwar keinen Bezug, schreibt aber auf seiner Webseite: „Wir arbeiten nachhaltig – ökonomisch, ökologisch und sozial.“ Auch ist die Rede von „Transparenz, Offenheit und Integrität“. Der BVR nennt es nicht Gemeinwohl, sondern „genossenschaftliche Werte“.

Genossenschaften sind „Inbegriff der Demokratie“

Zwar gibt es auch als Aktiengesellschaften organisierte Banken, die soziale, ökologische oder ethische Kriterien in den Vordergrund stellen, aber es fehlt der Aspekt der Mitbestimmung. Ein zentrales Kriterium für die GWÖ nach Felber.

„Aus meiner Sicht ist die Genossenschaft der Inbegriff der Demokratie, weil jedes Mitglied eine Stimme hat“, sagt Berger. Genossenschaftsbanken gehören den Mitgliedern, nicht „anonymen Aktionären“. Das heißt: Egal wie viele Anteile ein Mitglied an der Genossenschaft hält, jeder hat bloß eine Stimme – im Gegensatz zu einer AG, bei der derjenige über mehr Stimmrechte verfügt, der mehr Kapital einbringt.

Berger sagt: „Genossenschaftsbank und Gemeinwohl, das passt für mich wie die Faust aufs Auge zusammen.“ Denn der Mensch stehe so im Mittelpunkt. Auch Felber ist der Meinung, dass die Rechtsform der Genossenschaft hilft, eine Bank auf Gemeinwohl auszurichten. Was bei dafür aber kein Garant, weshalb er fordert: „Ich würde umgekehrt die Rechtsform der Aktiengesellschaft aussortieren, die verführt zur Rendite- und Gewinnorientierung.“

Berger ist überzeugt von der Organisation als Genossenschaft. „Es gibt einem ein sehr gutes Gefühl, sich einzubringen und in der Gemeinschaft zusammen mit anderen Ziele zu erreichen.“

Maximilian Neumair

Podiums-Diskussion „Demokratie in Aktion – Genossenschaften als Antwort auf Klimakrise, Machtungleichheit und soziale Spaltung?“ im Sparda-Café der Sparda-Bank München diesen Montag von 19 bis 21 Uhr. Anmeldung per Mail an veranstaltungen@sparda-m.de



Autor und Aktivist Christian Felber ist der Gründer der Gemeinwohl-Ökonomie.

Allward Willemse



Vorstandsvorsitzender der Sparda Bank München: Peter Berger.

Foto: Sparda-Bank München